



Hertie School of Governance - working papers, No. 19, April 2008

**Die Dynamik der neuen Nachbarschaft
Transformation und Osterweiterung in Polen und Deutschland**

Claus Offe (Hertie School of Governance)

working papers

Hertie School of Governance – working papers, No. 19, April 2008

**Die Dynamik der neuen Nachbarschaft
Transformation und Osterweiterung in Polen und Deutschland**

Claus Offe (Hertie School of Governance)

About the HSoG Working Paper Series

The Working Paper Series of the Hertie School of Governance is intended to provide visibility, internally as well as externally, to the current academic work of core faculty, other teaching staff, and invited visitors to the School. High-quality student papers will also be published in the Series, together with a foreword by the respective instructor or supervisor.

Authors are exclusively responsible for the content of their papers and the views expressed therein. They retain the copyright for their work. Discussion and comments are invited. Working Papers will be made electronically available through the Hertie School of Governance homepage. Contents will be deleted from the homepage when papers are eventually published; once this happens, only name(s) of author(s), title, and place of publication will remain on the list. If the material is being published in a language other than German or English, both the original text and the reference to the publication will be kept on the list.

Die Dynamik der neuen Nachbarschaft¹

Transformation und Osterweiterung in Polen und Deutschland

Seit den frühen neunziger Jahren, unmittelbar nach dem Ende des Staatssozialismus und des Kalten Krieges, galt die "Osterweiterung", also der Beitritt der Transformationsländer (plus der von eineinhalb kleinen Mittelmeerinseln) und ihre rechtlich-politische Anerkennung als gleichberechtigte europäische Nationen als ein Markstein, bei dessen Erreichen deren historische "Rückkehr nach Europa" abgeschlossen sein würde. Im ernüchterten Rückblick auf diesen Markstein scheint es allerdings, daß der Beitritt eine Fülle von neuen Problemen innerhalb der EU, v. a. zwischen den "alten" und den "neuen" Mitgliedstaaten nach sich gezogen hat. Einige dieser Probleme berühren das Verhältnis zwischen Mitgliedstaaten und Union, andere das Verhältnis zwischen einzelnen Mitgliedstaaten. Ich möchte ein Beispiel für den letzteren Fall erörtern. Dabei handelt es sich um den besonders interessanten Fall der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Besonders interessant ist dieser Fall nicht nur deswegen, weil er sich auf Spannungen und Konflikte zwischen dem größten Transformationsland und dem größten der alten Mitgliedstaaten bezieht, die (nach dem Untergang der DDR als einer Art Pufferstaates) wieder unmittelbar aneinander grenzen. Durch Fusion mit der vormaligen DDR ist die Bundesrepublik selbst in gewissem Sinne zu einem "Transformationsstaat" geworden. Aber nicht nur geographische, sondern v. a. historische Gründe sind es, die den deutsch-polnischen Beziehungen und Konflikten so viel Aufmerksamkeit und Interesse verschaffen wie es sonst nur noch (in der 50iger Jahren) bei der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen der Fall war: die Erfahrung und Erinnerung des durch den deutschen Überfall an der polnischen Grenze begonnenen Weltkrieges, die Besetzung Polens, seine Eigenschaft als Szene des Genozids, die durch die Siegermächte verfügte Verschiebung des polnischen Staatsgebietes nach Westen und das Nachkriegsschicksal großer Teile der deutschstämmigen Bevölkerung.

Der Beitritt der zehn Transformationsländer im Mai 2004 bzw. im Januar 2007 ist mit Gewißheit die größte territoriale Veränderung, welche die EU je erlebt hat und jemals wieder erleben wird.

¹ Polnische Übersetzung in: zeszyty niemcoznawcze PISM, 1/2007, 30-39.

Sie erstreckt sich auf den überwiegenden Teil der Landmasse zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria. Einen Vorgang dieser Dimensionen hätte 20 Jahre zuvor buchstäblich niemand vorauszusagen, ja zu denken oder gar anzustreben gewagt. Es lohnt sich deshalb ein Rückblick auf die Motive, Hoffnungen und strategischen Interessen, diesen Vorgang angetrieben haben.

Meine These ist, daß es sich bei den leitenden Motiven beider Seiten, den Transformationsländern und den alten Mitgliedstaaten der EU, um Ziele gehandelt hat, die höchstens zum Teil übereinstimmten. Beide Seiten mußten in den Kurs der Osterweiterung einstimmen; aber die Gründe, aus denen sie es getan haben, unterschieden sich deutlich. Kurz (und vermutlich angreifbar) gesagt: Die östlichen *Transformationsländer* waren an ihrer Integration in die EU in erster Linie wegen der *ökonomischen* Vorteile interessiert, die sie sich als zumindest mittelfristige Folge ihrer Zugehörigkeit zum EU-Binnenmarkt und als dringlich benötigte Hilfestellung bei der Modernisierung ihrer Ökonomien versprochen. Diese Vorteile bestanden aus der Sicht der Kandidaten nicht nur in ihrer Teilhabe an einer Europa-weiten Faktormobilität, sondern zusätzlich in ihrem durch Mitgliedschaft begründeten Anspruch auf die Mittel der europäischen Strukturfonds sowie in der disziplinierenden und effizienzsteigernden Wirkung von wirtschaftlichen Institutionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Diesen wirtschaftlichen Interessen gegenüber spielten politisch-kulturelle Motive von liberalen Modernisierungs-Eliten ("Rückkehr nach Europa") wohl eine untergeordnete Rolle - ebenso wie im Beitrittprozeß negative Gegenmotive wie die Furcht vor westlicher "Überfremdung" jedenfalls beim überwiegenden Teil der wirtschaftlichen und politischen Eliten keine maßgebliche Rolle spielten.

Dagegen waren die *alten* Mitgliedstaaten am für sie absehbar kostspieligen Projekt der Osterweiterung in erster Linie deswegen interessiert, weil sie in ihr die - aus normativen Gründen wie aus Gründen der Sicherheit gar nicht hoch genug zu bewertende - Gelegenheit sahen, die östlich benachbarten Beitrittskandidaten mit den Hebeln der Konditionalität *politisch* gleichsam nach ihrem eigenen Bilde zu formen (wie es die drei Kopenhagen-Kriterien von 1993 vorsehen) und sie so gegen politische Regressionen aller Art und gegen die aus ihnen stets resultierenden negativen Nachbarschaftseffekte (wie sie die Anschauung der Balkan-Krieg der neunziger Jahre vor Augen führte) zuverlässig zu immunisieren. Genau spiegelbildlich zu der Motivlage in den Transformationsländern gab es in der politischen Öffentlichkeit der alten Mitgliedstaaten der EU-15 *wirtschaftliche* Einwände gegen die Osterweiterung. Sie richteten sich auf die Höhe und Dauer des Subventionsvolumens, das an die Neulinge zu übertragen sein werde, auf befürchtete Verwerfungen auf (v. a. agrarischen) Gütermärkten sowie auf den Arbeitsmärkten. Diese westlichen Einwände, die im hysterischen Schreckbild vom "polnischen Klempner" und der Schreck-

vision gipfelten, er werde mit dem einheimischen Mittelstand in ruinösen Wettbewerb treten, spielten im gesamten westlichen Diskurs über die Osterweiterung eine untergeordnete Rolle.

Beide Seiten wollten dasselbe, die Osterweiterung; aber sie wollten es aus *verschiedenen Gründen*. Diese Interpretation wird bestätigt durch die Klagen und Beschwerden, die nach vollzogener Osterweiterung hier wie dort die Szene beherrschen. Im Osten herrschen politische und kulturelle Motive der Erweiterungskritik vor; es wird mit zunehmender Animosität über die Verletzungen nationaler Autonomie geklagt, die im Beitrittsprozeß hinzunehmen waren. Unwillen über eine aus "Brüssel" fremdbestimmte und z. T. diskriminierende Gesetzgebung; Indignation über Auflagen, Sanktionen, Fristen bis zur vollen Gleichstellung. Das Protestmotiv verletzter nationaler Autonomie wird verstärkt durch die Erinnerung an die nationale Geschichte und die Verweigerung von Autonomie in der Periode sowjetischer Hegemonie. Wird die EU beargwöhnt als (gewiß milderes) Äquivalent zu Comecon, Warschauer Pakt und KPdSU, weil sie gleichermaßen Wünschen nach nationaler Autonomie und Souveränität im Wege steht? Zweitens werden antiwestliche Motive des Protests mobilisiert, also die Ablehnung von Libertinage und Säkularismus vs. Beschwörung einer religiös geprägten nationalen moralischen Gemeinschaft. Diese Protestmotive haben überall - und in Polen besonders ausgeprägt - zu Reaktionsbildungen im Parteiensystem und zu einer Konjunktur für katholisch-nationalistische und autoritär-populistische Bewegungen geführt.

Nach meinem Eindruck sind die gegen die polnische EU-Mitgliedschaft gerichteten Einwände und Befürchtungen, die in Polen selbst artikuliert werden, häufig mit denjenigen verschmolzen, die sich gegen Polens westlichen Nachbarn richten. Die räumliche *Nähe* Deutschlands, seine Eigenschaft als *größtes* EU-Land, v. a. aber die Tatsache, daß unsere beiden Länder im 20. Jh. durch eine furchtbare *Geschichte* verbunden sind, führt in Polen zu der besorgten und ungemein leicht nachvollziehbaren Aufmerksamkeit für die Frage, was von jenseits der Oder, also von den deutschen Nachbarn, zu erwarten sein mag. Diese Frage gewann durch die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 noch an Aktualität².

² Ohne unangemessenes Mitgefühl wird man sagen dürfen, daß die deutsche Europapolitik, die bisweilen und nicht nur in Polen eines "deutschen Dominanzstrebens" verdächtigt wird (SZ v. 30. 8. 06), sich dauerhaft in einer Beziehungsfalle befindet. Da ihr der Argwohn der Nachbarn bekannt ist, ist sie beständig bestrebt, ihn durch ostentativ europa- und integrationsorientierte Proklamationen ("kontraphobisches Verhalten", wie Dan Diner das genannt hat) und Gesten der Zurückhaltung in Sachen deutscher Nationalinteressen zu beschwichtigen. Gern wird Hans Dietrich Genscher mit der Maxime zitiert, nach der Deutschland keine nationalen Interessen hat - das europäische Interesse *sei* das deutsche Interesse. Solche Beschwichtigungsversuche versagen aber bei voreingenommenen Adressaten, die nicht bereit sind, sie als etwas anderes aufzufassen denn als listige Tarn- und Täuschungsmanöver. Deren Argwohn wird daher nicht beschwichtigt, sondern eher noch gesteigert - und auch plausibilisiert durch alarmierte Bezugnahme auf Beweisstücke wie die deutsch-russische Ver-

Die fünf Programmpunkte, welche die deutsche Bundeskanzlerin in den Mittelpunkt ihrer europapolitischen Rede vom September 2006 gestellt hat - Bekenntnis zu europäischen Werten, Vertiefung statt noch weiter fortschreitende Erweiterung Europas, Liberalisierung und Entbürokratisierung, Stärkung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Wiederbelebung des europäischen Verfassungsprozesses - enthalten zwar keine irgendwie alarmierenden, aber doch Vorstellungen, die in jedem Punkt von erkennbaren offiziellen Präferenzen in Polen mehr oder weniger deutlich abweichen. Diese Vermutung wird jedenfalls durch die Klage des polnischen Regierungschefs gestützt, die er am Tage vor seinem Besuch in Brüssel über den Umstand führte, daß sein Land zwar Mitglied in NATO und EU sei, aber keine Möglichkeit habe, in diesen Bündnissen "elementare nationale Interessen durchzusetzen". (SZ v. 30. 8. 2006) Differenzen ergeben sich demnach wohl am ausgeprägtesten bei den Problemen einer spezifisch europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, zumal die Versuche des amerikanischen Verteidigungsministers, ein angeblich "neues" von einem "alten" Europa zu scheiden und eine Allianz mit dem ersteren zu schmieden, gerade in Polen auf einen ausgesprochen fruchtbaren Boden gefallen sind. Die im Frühjahr 2007 deklarierte Absicht der amerikanischen Regierung, an den zuständigen Gremien der NATO vorbei in Polen und in der Tschechischen Republik Raketen (angeblich rein defensiver Natur) zu stationieren, fiel in beiden Ländern auf symptomatisch fruchtbaren Boden und provozierte keinen nennenswerten Widerstand.

Argwohn, Mißtrauen und Aversion richten sich nicht nur gegen Elemente der westlichen Kultur (der Libertinage, des Säkularismus), sondern speziell in Polen und in bisweilen hypersensibler Weise auch gegen tatsächliche oder unterstellte vergangenheitspolitische Initiativen deutscher Akteure. Dabei müssen wohl zwei Fragen einstweilen offen, d. h. Gegenstand anhaltender Aufmerksamkeit und Prüfung bleiben. Die eine dieser Fragen ist, ob die deutschen Initiativen (wie die private Berliner Ausstellung, die Pläne für ein "Zentrum gegen Vertreibung"), auf die sich u. a. der Argwohn richtet, auf deutscher Seite *tatsächlich* und *nachweislich* von der Absicht politischer, medialer und intellektueller Eliten motiviert sind, die deutsche Hypothek von Angriffskrieg, Gewaltherrschaft und Genozid durch Aufrechnung abzutragen und sie auf dem Wege eines vergangenheitspolitischen Themenwechsels als solche in Vergessenheit zu bringen - oder ob es sich bei den inkriminierten Projekten nur um den vergleichsweise unschuldigen Versuch handelt, für die Opfer und Leidtragenden auch der als Flucht und Vertreibung bezeichneten Kriegs-

einbarung über die Ostsee-Pipeline und die nicht nur in Polen irritierende Rolle des vormaligen deutschen Regierungschefs bei diesem Unternehmen.

folgen Empathie zu wecken.^{3,4} Die andere offene Frage ist, ob die polnischen Protagonisten dieses Mißtrauens sich auf bestimmte Segmente der politischen und publizistischen Eliten beschränken oder ob sie damit bei der Basis ihrer Bevölkerung breiten und nachhaltigen Anklang finden.

Man wird nicht behaupten können, daß Frau Steinbach, ihr Verband oder ihre Projekte eine wichtige Rolle im Aufmerksamkeitshorizont der deutschen (anders als der polnischen) Öffentlichkeit spielen. In den Medien handelt es sich weithin um wenig mehr als um ein Thema für speziell Interessierte, dem nicht so sehr die Bedeutung der Angelegenheit selbst Aufmerksamkeit verschafft hat, wie - in durchaus paradoxer Weise - die alarmistische Reaktion von Teilen der polnischen Politik und Öffentlichkeit, für die die organisierten Vertriebenen und ihre Funktionäre geradezu Dankbarkeit empfinden könnten.

Die distanzierende und gereizte Tonlage, in der sich die politische und mediale Kommunikation zwischen unseren beiden Ländern seit einiger Zeit abspielt, beunruhigt viele Intellektuelle und Politiker in Deutschland. Wie könnte diese Tonlage erklärbar sein? Zum einen wohl dadurch, daß sich die polnische Regierung seit einem Jahr durch Entscheidungen, Äußerungen und Hand-

³ Eine weitere in Betracht kommende Deutung ist die organisationssoziologische: Organisationen sind stets darum bemüht, ihren anerkannten Zweck nicht einzubüßen. Das gilt wohl auch für den Bund der Vertriebenen. Da diese Organisation aus demographischen Gründen kaum noch über Zeitzeugen der Vertreibung verfügt, und weil die reklamierte Erblichkeit des Vertriebenenenschicksals eine riskante gedankliche Konstruktion ist, hat sich die Führung dieser Organisation auf die Suche nach neuen Zwecken gemacht und ist so auf das Projekt eines "Zentrums gegen Vertreibungen" gestoßen.

⁴ Es ist *eine* Sache, über einen Sachverhalt Trauer und Empathie zu empfinden und diese Gefühle in geeigneten Formen des Gedenkens darzustellen; eine andere Sache ist es, über diesen Sachverhalt Klage oder gar Anklage zu erheben und - wie es von deutscher Seite nicht nur vereinzelt geschehen ist - ein polnisches "Schuldbekennnis gegenüber den Vertriebenen" zu verlangen. Im letzteren Falle wird nämlich auf einen kontrafaktischen Geschehensverlauf Bezug genommen, der, wäre er faktisch geworden, Leid und Unglück *nicht* hätte geschehen lassen. Wie könnte man sich einen solchen kontrafaktischen Verlauf vorstellen? Es gibt offenbar nur zwei Möglichkeiten: Zum einen wäre das Leid der Vertreibung *nicht* eingetreten, wenn die Gewaltherrschaft Nazi-Deutschlands über Polen eine dauerhafte geblieben wäre - ein Alptraum. Zum anderen wäre es dann nicht eingetreten, wenn die deutsche Bevölkerung bzw. deren durch Kollaboration mit dem Besatzungsregime belasteten Angehörigen unter Wahrung ihrer (seinerzeit noch gar nicht kodifizierten) Menschenrechte seitens der polnischen Behörden nicht summarisch "vertrieben", sondern in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz aufgefordert worden wäre, ihr Siedlungsgebiet auf dem Wege einer geordneten Abwanderung zu räumen. Auch dieser Gedankengang führt nach Lage der Dinge nicht zu einem realistischen Argument, auf das eine moralische oder gar politisch-rechtliche Anklage gestützt werden könnten. Das alles schließt auf der anderen Seite nicht aus (aber begründet auch keine Forderung darauf), daß die auf der polnischen Seite an der "Aussiedlung" beteiligten Akteure Bedauern, Trauer und moralische Schuldgefühle über die Leiden zum Ausdruck bringen, die sie Betroffenen zugefügt haben.

lungen profiliert, die wegen ihrer prononciert illiberalen Tendenz diesseits der Oder oft und zunehmend befremdlich wirken. Diese Wirkung wird durch eine beklagenswerte Unkenntnis der deutschen Öffentlichkeit über die polnische Politik und Gesellschaft verstärkt, insofern wir bei niedrigem Informationsstand leicht dazu neigen, die Äußerungen leitender Politiker (die im vorliegenden Falle freilich von kaum mehr als 10 Prozent der Polen gewählt worden sind!) als authentische Widerspiegelung der in der polnischen Politik und Gesellschaft insgesamt vorherrschenden Meinungen und Beurteilungen mißzuverstehen.

Ich hatte gesagt, daß in polnischen Äußerungen die Kritik an der EU und ihren bisherigen Mitgliedstaaten (also der EU-15) politisch-kulturelle Motive dominieren. Bei westlichen (EU-15) Gegnern und Kritikern der Osterweiterung herrschen dagegen eindeutig ökonomische Einwände vor. Wachstum und Beschäftigung innerhalb der EU-15 leiden, so wird nicht ohne Grund befürchtet, unter dem neuen Steuerwettbewerb (*flat rates*) und den relativen (v. a. lohnbezogenen) Standortnachteilen der EU-15. Je durchlässiger die Grenzen werden und je stärker die Bedingungen der Faktormobilität liberalisiert werden, desto plausibler wird es, das Schreckbild einer Ökonomie zu beschwören, in der sich Investitionen nach Osten und Arbeitskräfte, Güter und Dienstleistungen nach Westen bewegen. Nur eine Minderheit entschieden marktliberaler deutscher Wirtschaftspolitiker reagiert auf solche Befürchtungen ungerührt mit der Versicherung, daß die Osterweiterung und die mit ihr wirksamen neuen Wettbewerbsverhältnisse einen heilsamen Lerndruck auf die deutsche Politik und Wirtschaft ausüben werde. Ebenso minoritär ist einstweilen die diametral entgegengesetzte national-protektionistische Forderung, die staatliche Politik möge auf Arbeits- und Gütermärkten die aus den östlichen Nachbarländern kommenden Wettbewerber nach Kräften abwehren.⁵

Interne Entwicklungen in Deutschland

Die Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist durch eine Reihe von weithin übereinstimmend diagnostizierten aber dennoch anhaltend unbewältigten Problemen bestimmt. Sie haben nur indirekte und schwer meßbare (negative) Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten. Die wichtigsten dieser Probleme und Reformbaustellen sind die folgenden:

⁵ Das wirtschaftliche Protektionsbedürfnis geht mit einem anderen Motiv, dem der Kriminalitätsfurcht eine u. U. brisante Mischung ein - die deutsche Version des Rechtspopulismus. So habe ich an der Ladentür eines kleinen dörflichen Ladens in Ostdeutschland ein an sich belangloses Schild lesen, auf dem steht: "Einbruch zwecklos - Kasse wird täglich geleert!" Die Pointe besteht lediglich darin, daß dieses Schild seine Botschaft gleich mehrsprachig mitteilt - nämlich außer auf Deutsch auch auf Russisch, Rumänisch und Polnisch!

- Föderalismus- bzw. Finanzreform; unbewältigte Reformprobleme in diesem Felde haben direkte negative Auswirkungen auf die Reform- und Politikfähigkeit deutscher Regierungen und mittelbar auch auf die Bedingungen der Mitgliedstaaten, die der Euro-Zone angehören;
- Gesundheitsreform und Rentenreform, beide durch akute demographische Probleme verschärft;
- Arbeitslosigkeit und Reform des Arbeitsmarktes;
- Migrations- und Integrationspolitik;
- Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

Diese Probleme selbst wie die außerordentlichen Schwierigkeiten, die ihrer Bearbeitung im Wege zu stehen scheinen, stehen mit zwei Grundtatsachen der politischen Ökonomie Deutschlands im Zusammenhang. Dabei handelt es sich einerseits um ein System von Gebietskörperschaften, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und staatsorganisatorischen Verfassungsnormen und -traditionen, das insgesamt so beschaffen ist, daß jedes politische Entscheidungsthema in ein enges Geflecht von Veto-Akteuren eingesponnen ist. Dieses Geflecht und die an ihm beteiligten Akteure hindern Regierungen daran, selbst jene Kompetenzen in einer programmatisch ambitionierten Weise wahrzunehmen, die ihnen nicht ohnehin unter den Bedingungen der offenen Ökonomie und der eingeschränkten nationalstaatlichen Souveränität verlorengegangen sind. Ein weiterer Grund für ausgeprägte Stagnationstendenzen der deutschen Innenpolitik ist in der stark *zentripetalen* Dynamik des Parteienwettbewerbs zwischen den beiden großen Parteien zu sehen, denen gegenüber die Farben anderer politischer Parteien (linkssozialistischer, marktliberaler, linksliberal/grüner, konservativer, nationalistischer) zwar nicht völlig verblassen, aber doch ohne programmgebende und mobilisierende Potenz für die Politik denkbarer Bundesregierungen bleiben.

Der andere Erklärungsfaktor für politische Stagnation hat mit dem historischen Faktum der deutschen Einheit zu tun. Das Wirtschaftsgebiet der ehemaligen DDR weist heute, wenn auch auf höchstem absoluten Niveau, den niedrigsten Grad des Wachstums und der wirtschaftlichen Dynamik unter allen postkommunistischen Ökonomien in Europa auf. Da sich diese relative Rückständigkeit der wirtschaftlichen Dynamik, die sowohl im Vergleich mit den alten Bundesländern und den westlichen MS wie im Vergleich mit den wachstumsstarken Ländern in MOE besteht, auf nahezu unabsehbare Zeit fortbestehen wird und in den neuen Bundesländern vermehrt zu

linken wie rechten Protest-Mobilisierungen führt, ist jede denkbare Bundesregierung aus politischen Gründen (wie aus Gründen langfristiger gesetzlicher Zusagen) praktisch genötigt, große Teile öffentlichen Haushalte als Transfermasse in die neuen Bundesländer zu überweisen, und zwar zum erheblichen Teil für konsumtive Zwecke und mit dem expliziten Ziel, weitere innersstaatliche Wanderungsbewegungen (insbesondere der Frauen!) von Ost nach West aufzuhalten. Dementsprechend fehlen die für diese Zwecke eingesetzten Haushaltsmittel für andere Verwendungen wie die investive Bearbeitung der genannten Probleme.

Dabei hat der sonst beispiellose deutsche Modus der postsozialistischen Transformation - die Transformation durch *Fusion* von zwei Staaten, nicht durch *Abspaltung* (wie im Baltikum, CSSR, Jugoslawien und Moldawien) oder im Rahmen einer territorialen Kontinuität (wie in Polen und Ungarn) - der Wirtschaft und Gesellschaft der ehemaligen DDR zwar beträchtliche Startvorteile und dauerhafte Subventionsansprüche gegen die alte Bundesrepublik (in der Größenordnung von 90 Mrd. € pro Jahr) eingebracht; aber die Effekte dieser (seinerzeit wohl alternativlosen) Fusionslösung waren offenbar nicht nur heilsamer Natur. Während die Polen ebenso wie alle anderen postsozialistischen Ökonomien sozusagen ihr Boot auf hoher See reparieren und sich dabei zum guten Teil auf eigene materielle, humane und moralische Ressourcen verlassen mußten *und konnten*, bot sich der DDR-Gesellschaft die durchaus ambivalente Chance, das ruinierte Boot von anderen in eine Trockendock schleppen und dort unter fremder Regie umbauen zu lassen und dabei die erforderlichen Anstrengungen (zumindest *auch*) von anderen zu fordern, statt sich ausschließlich *selbst* herausgefordert zu sehen. Die Ambivalenz dieses Vorganges liegt nicht nur in der fortgesetzten Abhängigkeit der DDR-Bevölkerung von einer paternalistischen Macht - wenn auch nicht mehr der Macht einer Parteidiktatur, sondern der des westdeutschen demokratischen Staates; sie liegt ebenso in dem Umstand, daß die östlichen Nachbarländer der DDR politisch, wirtschaftlich und institutionell "neu anfangen" konnten, während die Bevölkerung der neuen Bundesländer unter die politischen und institutionellen Traditionen und Vorgaben der alten Bundesrepublik subsumiert wurde. Dieser Modus der Transformation läßt sich aus heutiger Sicht als eine *verpaßte Innovationsgelegenheit* verstehen, von deren Nutzung *beide* Landesteile wohl erheblich hätten profitieren können.

Diese institutionellen und historischen Sonderbedingungen Deutschlands sind dafür mitverantwortlich, daß Wachstum und Beschäftigung, Humankapitalbildung und Innovation im größten Mitgliedstaat der EU bei weitem nicht die Dynamik aufweisen, von der nennenswerte Anregungen für andere Ökonomien des Binnenmarktes ausgehen könnten. Oder genauer: Diese Anregungswirkungen beschränken sich darauf, daß deutsche Investoren zur Vermeidung heimischer Steuerlasten und Lohnnebenkosten zunehmend Standorte in den Beitrittsländern aufsuchen, wäh-

rend die interne Kaufkraftentwicklung in Deutschland weder für einheimische noch für mittel- und osteuropäische Anbieter auf den Märkten für Güter und Dienste belebende Wirkungen verspricht. Dabei ist ebenfalls zu bedenken, daß an den deutschen Märkten für Exportgüter zum wesentlichen Teil v. a. deswegen viel bejubelte Erfolge erzielt werden, weil ca. 40 Prozent der Wertschöpfung dieser Güter selbst *au dem Ausland*, v. a. aus den neuen Mitgliedstaaten stammen.

Ost-West-Gegensätze und die aus ihnen entstehenden Konflikte sind im erweiterten Europa auf absehbare Zeit ein dominantes Thema. Der Markstein der Osterweiterung ist Ausgangspunkt einer Dynamik, welche die Vertiefung der Integration (u. a. durch einen Verfassungsvertrag) deutlich erschwert. Das gilt auch deswegen, weil mit dem Vollzug des Beitritts die Hebelwirkung der Konditionalität wegfällt: Denjenigen, die bereits beigetreten sind, kann das "alte Europa" trivialerweise keine Bedingungen mehr stellen, denen sie sich vormals um des Vorteils der Mitgliedschaft willen zu beugen hatten. Die Dynamik, die in dieser Situation entsteht (oder doch leicht entstehen kann), hat Jacques Rupnik treffend charakterisiert. "The assumption that joining the EU is stabilizing the political system of the new democracies seems to work most effectively in the pre-accession phase. After joining the EU the 'now we can show them who we really are'-posture seems to prevail."

HSoG Publishing

Schlossplatz 1
10178 Berlin · Germany

Tel. 030 - 21 23 12 -100

Fax 030 - 21 23 12 -999

publishing@hertie-school.org